

„Wir brauchen die besten Lehrer für unsere Kinder“!

Es war anlässlich des WeltlehrerInnentages im Oktober 2009, dass die damalige Bildungsministerin Schmied diese Aussage machte. Ja, wir brauchen in der Tat die besten Lehrerinnen und Lehrer. Jeder Staat braucht sie, denn sie üben einen der verantwortungsvollsten Berufe in der Gesellschaft aus und leisten einen wesentlichen Beitrag dafür, dass Zukunft, individuelle und gesellschaftliche, gelingen kann.

Allerdings stellt sich die Frage, ob sich die Besten angesprochen fühlen, wenn von den damals genannten notwendigen Maßnahmen gut vier Jahre später keine einzige zufriedenstellend in die Tat umgesetzt wurde.

Was angekündigt wurde:

- Schaffung eines zeitgemäßen Dienst- und Besoldungsrechtes mit u.a. attraktiven Karriereperspektiven, höheren Einstiegsgehältern, Leistungsanreizen, mehr Flexibilität, Möglichkeit des Quereinsteigens
- Modernisierung der LehrerInnenausbildung für alle im Lehrberuf Tätigen als bestmögliche Vorbereitung auf den Lehrberuf
- Mehr Verantwortung am Schulstandort, Abgehen von einer Verordnungskultur hin zu einer Verantwortungskultur

Wie es umgesetzt wurde:

Das LehrerInnendienstrecht neu wurde gegen den Willen der Be-



von **Christine Mössler**
(HLW Graz, Fachausschuss Steiermark)

troffenen, ohne Einbindung der Sozialpartner und ohne Berücksichtigung von fast 2000 durchwegs negativen Stellungnahmen, am 17.12.2013 im Parlament mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossen (im Rundschreiben der AHS Gewerkschaft vom 21.1.2014 unter www.goed-ahs.at/files/RS_13_13_14_neu.pdf kann man das parlamentarische Abstimmungsverhalten im Detail nachlesen). Die Forderungen der PersonalvertreterInnen nach einer Arbeitszeitstudie und einer klaren Arbeitsplatzbeschreibung verhallten ungehört. Der Hinweis, dass eine Arbeitszeiterhöhung unter den derzeitigen Bedingungen die Qualität des Unterrichts massiv negativ beeinflussen würde und dass weiters die für das LehrerInnendienstrecht neu konzipierte Induktions-

phase zu einer sicheren Überlastung und letztlich Überforderung der jungen Kolleginnen und Kollegen führen würde, bewirkte keine Überarbeitung der Gesetzesvorlage.

Die LehrerInnenausbildung neu wird zwar mit dem heurigen Studienjahr 2014/15 starten, steckt jedoch in einigen Punkten weiterhin in den Kinderschuhen. Zuständigkeiten zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen sind nach wie vor nicht zur Gänze geklärt und laut Andreas Schnider, dem Leiter des Entwicklungsrates für die neue LehrerInnenausbildung, werde „die Umstellung auf die neue Studienarchitektur nicht auf einen Schlag passieren können“. Das Aufnahmeverfahren, dem sich in Zukunft die LehramtsanwärterInnen aller Schulformen unterziehen müssen und das österreichweit standardisiert sein soll, befindet sich erst in Ausarbeitung.

▷ Von einer Reduktion der Verordnungskultur zugunsten einer neuen Verantwortungskultur ist an den Schulen rein gar nichts zu bemerken. Der Verwaltungsaufwand hat sich vervielfacht, Vereinfachung und Unterstützung für die an den Schulstandorten Tätigen ist nicht in Sicht. Auch neue Formen des Leitens wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Nach wie vor setzt die Politik auf das hierarchische EinzeldirektorInnen_tum mit intensiver Einflussnahme der Großparteien bei den Bestellungen. Die längst obsoleete Weisungsbindung bleibt erhalten.

Die Besten wird die Regierung nur dann rekrutieren können, wenn sie das Image des Lehrberufs und den Respekt für unsere Arbeit verbessern hilft, den zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern eine ausgezeichnete Ausbildung bietet und diese auf ein adäquates Gehalt bei gut leistbarer Lehrverpflichtung und in weiterer Folge auf Karriere_möglichkeiten bauen können. Darüber hinaus dürfen sich die Verantwortlichen nicht um längst nötige Strukturreformen drücken, soll der Bildungsstandort Österreich im europäischen und internationalen Kontext wettbewerbsfähig bleiben.

Abgesehen von Lippenbekenntnissen ist von Seiten der Regierung jedoch kein engagierter Einsatz zu bemerken. Weiterhin wird unverdrossen ein Sparprogramm auf Kosten der Bildung gefahren,

wider besseres Wissen und verantwortungslos gegenüber der Zukunft unserer Kinder und unseres Staates. 70 Millionen Euro muss das Bildungsministerium in der nächsten Legislaturperiode einsparen!

Leider lässt auch die Spitze unserer Standesvertretung intensives Engagement für die Sache der Lehrerinnen und Lehrer vermissen. Wie sonst könnte es sein, dass die wirklich eindrucksvolle GÖD-Großdemonstration in Wien erst am Tag nach der Abstimmung des LehrerInnen_dienstrechtes stattfand? Und dass das Thema LehrerInnen_dienstrecht Fritz Neugebauer gerade einmal einen einzigen Satz in seiner ansonsten wirklich mitreißenden, kämpferischen Rede wert war? Und wie ist es zu erklären, dass kein/e Einzige/r unserer Personalvertreter/innen ans Rednerpult trat bzw. treten durfte? (Und wenn der Grund der ist, dass auch große Teile dieser Standesvertretung fest in hierarchischen Denkmustern verhaftet sind: Wie soll sie dann effizient für die Ent-Hierarchisierung der Schulstruktur eintreten?)

Aber vielleicht hat man ja auch nicht wirklich Interesse, sich mit der Regierung anzulegen und ihr zu widersprechen, gehört doch die große Mehrheit unserer StandesvertreterInnen jener Partei an, die wieder die Regierungspartnerin stellt?!

Schuldemokratie zum Selbermachen!

Das neue Dienstrecht ist beschlossen, die neue LehrerInnen_ausbildung fixiert, die „Schule neu“ kann kommen. Aber welche Schule? Klare Vorstellungen für ein zukunftsweisendes Schulwesen sind nicht zu erkennen.

Ein neues Dienstrecht wäre eine gute Gelegenheit, das Bildungssystem in Richtung eines demokratischen Systems weiterzuentwickeln. Ein ganz wichtiger Punkt dabei muss die Befreiung der Schulen von parteipolitischem Einfluss sein – Schulen als dem Gemeinwohl dienende und selbständig agierende Einheiten. Ein Schulsystem mit klarer Aufgabenverteilung: Die Politik sorgt für ausreichende Mittel, die Landesschulräte unterstützen die Schulen in administrativen und rechtlichen Angelegenheiten und die Schulen kümmern sich um bestmögliche Bildung und Lehre und sorgen für ihre eigenen Leitungsteams und Führungskräfte.

Davon ist in der aktuellen Schulpolitik leider nichts zu bemerken. Noch haben wir ein von Kaiserin Maria Theresia eingesetztes hierarchisches System mit Durchgriffsrecht von oben nach unten! Noch streiten die Koalitionsparteien, wem die Schulen gehören sollen – Land oder Bund. Noch debattieren Landeshauptleute und Parteisekretäre, wer denn in Kickritzpotschen Schuldirektor



von **Hans Hagauer**
(HTL Kaindorf, Fachausschuss Steiermark)

werden sollte, welche Schulen im Abtausch von Rot nach Schwarz oder umgekehrt wandern sollten.

Als Mitglied des Fachausschusses (FA) kann ich ganz gut abschätzen, wie viel an teuerster Pseudoarbeit geleistet wird, wie viele Telefonate, Mails, Gutachten, Gegengutachten, Türklinkenputzerei, Rückgratverrenkungen im Spiel sind, wenn eine LeiterInnen_bestellung ansteht. Das geht sogar bis zu den höchsten Gerichten, wenn ein „schlechter Verlierer“ Berufung einlegt. Ja, teuerste Pseudoarbeit, die man sich ersparen könnte, wenn man der Verwaltung und der Schulgemeinschaft vertraute, wenn man Menschen, denen man Kinder und Jugendlichen anvertraut, für fähig hält, selbst für ihre Leitung

zu sorgen. Als Gipfel der Bevormundung sehe ich das neue LeiterInnen_bestellungssystem der Steiermark, welches vorsieht, dass ein teurer, nicht dem Gemeinwohl, wohl aber dem eigenen Profit verpflichteter externer Personalberater entscheidend in einem Bestellungsverfahren mitwirkt. Danke allen PolitikerInnen für das unausgesprochene nachhaltige Misstrauen, das sie uns entgegenbringen! Wir werden es umgehend bei den nächsten Wahlen zurückgeben. Danke, dass Sie die Steuergelder so verschwenden! Von Seiten der Politik ist außer Machterhaltung wenig zu erwarten. Müssen wir nun hoffen, beten, kratzen, geduldig warten, streiten

und flehen, dass die Obrigkeit weise die Gesetze ändere, zukunfts-fähige und demokratische Bildungsstrukturen entwickle und uns gute Führungspersönlichkeiten sende? Gewiss wird vieles ohne Gesetzesänderung nicht gehen, aber etliche Möglichkeiten existieren, selbst als Schulgemeinschaft aktiv zu werden. Schuldemokratie zum Selbermachen also! Wie kann das gehen?

1. Bei Neubestellung von Führungspersonen oder Teams organisiert jede Schule einen ernsthaften demokratischen Bestellungsprozess, an dem sich Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen beteiligen. Die Schule verfasst eine gesetzeskonforme Ausschreibung, die es möglichst vielen Personen ermöglicht zu kandidieren. In einer Vorphase sollen fähige Personen innerhalb und außerhalb der Schule motiviert werden, der Schule als Führungspersonal zu dienen und zu kandidieren. In einem Hearing haben die KandidatInnen die Möglichkeit, sich zu präsentieren. Die Schulgemeinschaft bildet sich gemeinsam und/oder getrennt mit oder ohne JuristInnen, PsychologInnen oder ModeratorInnen des Landesschulrates eine Meinung. Schließlich wählen Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen getrennt, mit einer Gewichtung etwa im Verhältnis 25:25:50, die Führungsperson. Nach Vorstellung der ÖLI-UG sollte ein solcher Prozess alle fünf Jahre zwecks Wieder- oder Neubestellung stattfinden. Das verleiht der Wahl eine gewisse Fehlertoleranz und ermutigt Menschen zu kandidieren, weil es eben nicht lebenslänglich ist. Ein solcher wiederkehrender demokratischer Bestellungsprozess fördert meiner Meinung nach die Identifizierung der Menschen mit der Schule und die politische Allgemeinbildung. Oder wollen wir dumme und gut funktionierende Konsumenten heranbilden? Wo sonst, wenn nicht in den Schulen, kann man lehren und lernen, wie man nicht verletzend Kritik äußert, dass man nicht gute Freunderl wählt, dass man nicht lautstarken Rattenfängern, Populisten und Karrieristen nachrennt und sie wählt, sondern fähige, vielleicht auch leise Menschen. Nicht nur Österreich, sondern ganz Europa täte gut dran, frühzeitig Demokratie zu leben und zu üben.
2. Die Gewinnerin, der Gewinner dieses Bestellungsverfahrens wird von allen voll unterstützt. Sei es medial, durch Kundgebungen vor den Parteizentralen, wenn die Parteien andere Entscheidungen treffen, oder in anderer geeigneter Form von Öffentlichkeitsarbeit. Die ÖLI-UG unterstützt derartige Aktionen. Wer für eine Position am geeignetsten ist, das wissen betroffene Menschen bestimmt besser als ein noch so ausgeklügeltes, scheinbar objektives, äußerst teures Besetzungsverfahren, das doch nur Machtinteressen schlecht verschleiert. Wir brauchen keine Bevormundung durch teure PersonalberaterInnen oder parteipolitisch motivierte Personen!
3. Jene KandidatInnen, die nach dem demokratischen Bestellungsverfahren nicht erstgereiht sind, ziehen ihre Bewerbung zurück. Von Führungspersönlichkeiten darf man erwarten, dass sie dem/der Erstgereihten gratulieren, alles Gute wünschen und volle Unterstützung der Person und der Schule anbieten. Als unterstützende Maßnahme möge der Dienststellenausschuss ein entsprechendes Rücktrittsformular auflegen. Das erspart den PolitikerInnen und dem Kollegium viel Arbeit. Den erniedri-

genden Rückgratverkrümmungen und der Freunderlwirtschaft könnte so ein würdiges Begräbnis bereitet werden. Ich bin überzeugt, dass sich mehr und geeignetere KandidatInnen bei den Ausschreibungen melden werden. Ich weiß aus zahlreichen Gesprächen, dass viele höchst geeignete LehrerInnen sich den Diffamierungen und Schlammschlachten nicht aussetzen wollen, die durch Parteipolitik geradezu provoziert werden. Leider spielen auch LehrerInnengewerkschaft und Personalvertretung auf Landesebene eine traurige, Konflikt schaffende Rolle, zumindest in der Steiermark.

4. Fragen wir doch vor den nächsten PV- und Gewerkschaftswahlen die KandidatInnen, wie sie es mit der Unterstützung der Anliegen der Schulen halten, wenn Führungskräfte zu bestellen sind. Werden sie den Wunsch einer Schule nach einer bestimmten Direktorin, einem Direktor ohne Wenn und Aber unterstützen oder doch in beispielloser Bevormundung und Besserwisseri selbst ein bisschen Macht ausüben und ihre ParteifreundInnen in gute Positionen hieven wollen? Werden sie in christlicher Tradition die Letzten des Hearings zu den Ersten im Dreivorschlag machen? Werden sie weiterhin die Schulgemeinschaft für dumm und für unfähig erklären, KandidatInnen so zu wählen, dass es dem Wohl der Schule dient?
5. Wählt eine andere LehrerInnenvertretung auf Landes- und Bundesebene! Gründet eigene Gewerkschaften und lasst euch als KandidatInnen aufstellen! Ich erlaube mir, hier die 2. Person Plural zu verwenden, den erhobenen moralischen Zeigefinger sozusagen. Für meinen Teil fühle ich mich bei der ÖLI-UG, der Österreichischen LehrerInnen Initiative, den unabhängigen Gewerkschaften, gut aufgehoben und von politischen Parteien unabhängig. Es ist wichtig, unabhängige MandatarInnen zu haben, die LehrerInnen vertreten und sich nicht als Teil der Obrigkeit verstehen. Als geradezu symbolhaft und typisch für das Versagen der LehrerInnenvertretung darf ich berichten, dass der FCG-dominierte Fachausschuss der BMHS Steiermark den Antrag der STELI-UG abgelehnt hat, den/die KandidatIn der Schule nach einer vor Ort demokratisch durchgeführten Wahl automatisch zu unterstützen. Eine solche Entscheidung ist Ausdruck dafür, dass man lieber Machtspiele mitmacht und initiiert, sich als Teil der Obrigkeit versteht und bei den politisch Mächtigen herumschwänzelt.
6. Überdenken wir unser Verhältnis zu vermeintlichen Autoritäten. Zu oft gibt es in den Konferenzräumen das Gefühl, dass man besser den Mund hält, dass man lieber nicht die Obrigkeit vergrämt. Statt offen und frei Probleme anzusprechen, gibt es noch immer Angst, sich den Mund zu verbrennen oder gar mit Vorgesetzten, aber auch mit der Personalvertretung in Konflikt zu geraten. Statt selbst zu handeln, wollen wir lieber gut behandelt werden. Wenn überhaupt, dann ballen wir die Faust in der Hosentasche.

Es ist an der Zeit, das System zu ändern. Änderungen müssen aber auch im eigenen Kopf stattfinden, dann kann die Heilung zum Wohl der Schulen, des Bildungssystems und zum eigenen Wohl gelingen. Wir müssen es nur selber machen.

Diskussionsveranstaltung:

„Neues versus altes Dienstrecht – Stress-Test für Schulklima!“

Freitag, 28. März 2014, 19 Uhr 30 • ISOP, Dreihackengasse 2, Graz

mit

Mag. **Gary Fuchsbauer**, Zentralausschuss BMHS, Österreichische LehrerInnen Initiative (ÖLI-UG)

Mag.^a **Angela Weilguny**, Bundesministerium für Bildung und Frauen

Mag. **Hans Adam**, Direktor, AHS-Gewerkschaft

Mag. **Norbert Steinkellner**, Initiative für ein faires LehrerInnendienstrecht

Mag. **Richard Huber**, STELI-UG-AHS

Diskussionsleitung: Mag.^a **Christine Mössler**, STELI-UG-BMHS

Nach einem guten Jahr der Scheinverhandlungen mit den LehrerInnengewerkschaften hat die Regierung ein neues LehrerInnendienstrecht verfügt, das ausschließlich das Ziel verfolgt, Personalkosten zu senken. Dafür nahm sie auch den Bruch sozialpartnerschaftlicher Praxis in Kauf, die den Interessensausgleich zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen zum Inhalt hat. Die GewerkschaftsvertreterInnen wurden vor vollendete Tatsachen gestellt, Änderungen nur in Randbereichen zugestanden, die Eckpunkte bleiben unverrückbar: Mehrarbeit ohne Lohnausgleich; die für zehntausende PflichtschullehrerInnen längere und höherwertige Ausbildung schlägt sich nicht adäquat in einer höheren Bezahlung nieder. Die 45.000 Dienstposten an den höheren Schulen werden im neuen Dienstrecht schlechter bezahlt als bisher – bei einer um 25 % höheren Unterrichtsverpflichtung. Die Gewerkschaftsführung hat die großspurig angekündigten Streiks nicht umgesetzt. Zugegeben, es ist schwierig, gegen ein Dienstrecht Streiks zu organisieren, von dem die im Dienst befindlichen LehrerInnen scheinbar nicht betroffen sind. Aber dieses Dilemma war von Anfang an klar und trotzdem wurden keine Gegenstrategien entwickelt.

Die Sprengkraft des neuen Dienstrechts liegt in der Tatsache begründet, dass für Jahrzehnte LehrerInnen mit unterschiedlichem Dienstrecht an den Schulen nebeneinander

unterrichtet werden, was an den höheren Schulen bedeutet, dass AltlehrerInnen eine Unterrichtsverpflichtung von 20 WE haben, das sind je nach Fach zwischen 17 und 19 Stunden Unterricht. NeulehrerInnen hingegen werden vielfach 24 Stunden unterrichten müssen und Kustodiate sowie Klassenvorstandsarbeit werden Teil der Lehrverpflichtung sein. Ein Stresstest für das Schulklima!



STEIRISCHE LEHRER/INNEN INITIATIVE
Unabhängige Gewerkschafter/innen